

Sitzung Nr. 6 vom 01. Juli 2014

Vorsitz François Scheidegger, Stadtpräsident

Anwesend Remo Bill
Alexander Kaufmann
Angela Kummer
Urs Wirth
Clivia Wullimann
Aldo Bigolin
Hubert Bläsi
Renato Müller
Richard Aschberger
Heinz Müller
Ivo von Büren
Andreas Kummer
Marco Crivelli
Nicole Hirt

Anwesend von Amtes wegen David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik
Jürg Vifian, Stadtbaumeister-Stv.
Kurt Boner, Leiter SDOL
Luzia Meister, Stadtschreiberin
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz,
Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)

Dauer der Sitzung 17:00 Uhr - 18:20 Uhr

TRAKTANDEN (2820 - 2836)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 4 vom 13. Mai 2014
- 2 2820 Finanzplan 2015 - 2019
- 3 2821 Auflösung Sonderkredit für die Übernahme von Bürgschaften: Antrag
- 4 2822 Postulat Remo Bill (SP): Studienraum für Studenten: Beschluss über Erheblich-
erklärung

- 5 2823 Interpellation Urs Wirth (SP): Arbeitsamt Grenchen
- 6 2824 Überparteiliches Postulat: Welche Organisationsfragen gehören in die Gemeindeordnung (GO)? Beschluss über Erheblicherklärung
- 7 2825 Postulat Clivia Wullimann (SP): Saubere Gemeinderäte: Beschluss über Erheblicherklärung
- 8 2826 Postulat Clivia Wullimann (SP): Städteranking (Bilanzartikel): Beschluss über Erheblicherklärung
- 9 2827 Interpellation Alexander Kaufmann (SP): Bushaltestelle Chappeli
- 10 2828 Dringliche Interpellation Clivia Wullimann (SP): Wie weiter mit dem Uhrencup?
- 11 2829 Interpellation Clivia Wullimann (SP): Fragen zu rechtlichen Kompetenzen der Stadt Grenchen
- 12 2830 Interpellation Clivia Wullimann (SP): Frage zu gemeinsamem Sorgerecht
- 13 2831 Interpellation Remo Bill (SP): Kantonale Ämter in der Stadt Grenchen
- 14 2832 Interpellation Nicole Hirt (glp): Rettungsdienst Grenchen
- 15 2833 Postulat Nicole Hirt (glp): Rettungsdienst Grenchen - neue Indikatoren im Verwaltungsbericht
- 16 2834 Postulat Fraktion CVP: Aufwertung Minigolfanlage
- 17 2835 Überparteiliches Postulat: Neugestaltung der Umgebung des Bahnhofs Süd
- 18 2836 Mitteilungen und Verschiedenes

- 0 -

Traktandenliste

Das Traktandum Nr. 6 „*Stadtkanzlei: Einwohnerkontrolle, Bestattungsamt und Stellvertretung Arbeitsamt: Antrag um Erhöhung von Stellenpensen*“ von der Traktandenliste gestrichen. Stadtschreiberin Luzia Meister erklärt, dass die Personalfrage auf Stufe GRK gelöst werden kann. Sollte noch etwas Zusätzliches gebraucht werden, kann dem Gemeinderat immer noch eine Vorlage unterbreitet werden.

Stadtpräsident François Scheidegger hat im Zusammenhang mit der Übernahme des Arbeitsamtes durch die Einwohnerkontrolle angeordnet, dass das Personal- und Ressourcenproblem der Einwohnerkontrolle untersucht und bereinigt wird. Die Bearbeitung des pendenten Geschäfts ist ein anspruchsvoller Prozess und benötigt noch etwas Zeit.

- 0 -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 4 vom 13. Mai 2014 wird genehmigt.

- 0 -

Finanzplan 2015 - 2019

Vorlage: F+I/Mai 2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, fängt seine Präsentation mit einem Zitat von Wilhelm Busch an:

*„Wenn einer, der mit Mühe kaum
gekrochen ist auf einen Baum,
Schon meint, dass er ein Vogel wär,
so irrt sich der.“*

Wilhelm Busch (1832-1908)

Nachdem 2012 und auch 2013 entgegen den Annahmen erfreuliche Abschlüsse kommuniziert worden sind, ist die Versuchung gross, daraus eine nachhaltige Tendenz hin zu positiven Abschlüssen abzuleiten. Es gilt aber weiterhin, die Bodenhaftung nicht zu verlieren und den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Die anstehenden Herausforderungen sind vielfältig und es sind kreative und pragmatische Lösungen gefragt. Das abteilungsübergreifende Denken und Handeln muss mehr gefordert und gelebt werden. Die im letzten AFIP angesprochene „Chance zur Verbesserung“ muss gepackt werden.

1.2. Einleitung

Der rollende Finanzplan basiert auf dem Budget 2014 und gestützt auf der Rechnung 2013 und den Veränderungen, die von den Abteilungen gemeldet wurden.

Die Präsentation des Finanzplans basiert auf dem Bericht und den Massnahmen, die die GRK anlässlich ihrer Sitzung vom 21. Mai 2014 zum Finanzplan beschlossen hat. Die Details der Massnahmen finden sich im Punkt 8 des Berichts unter dem Titel „Beurteilung von der Gemeinderatskommission“. Unter anderem wurde auch angeregt, einen Think Tank zu bilden, wo die strategischen und finanziellen Ziele zur Entwicklung von der Stadt Grenchen diskutiert werden sollen. Diese Überlegungen sollen dann zukünftig auch direkten Einfluss auf die Inhalte des Finanzplans haben.

1.3. Ausgangslage

Der Finanzplan basiert auf folgenden Planungsgrundlagen:

- | | | |
|---|-------------------|---------------|
| - Teuerung für die Personalkosten | 0.0 % | (VJ: 0.0 %) |
| - Durchschnittlicher Zinssatz für Neuverschuldungen /
Konversionen | 2.00 % | (VJ: 2.150 %) |
| - Abschreibungen Verwaltungsvermögen | 8 % | (VJ: 8 %) |
| - Abschreibungen Finanzliegenschaften | 0 % | (VJ: 0 %) |
| (Abschreibungen auf Neuinvestitionen: 1/3 der Neuinvestition) | | |
| - Steuerfuss Natürliche Personen | 124 % | (VJ: 124 %) |
| - Steuerfuss Juristische Personen | 122 % | (VJ: 122 %) |
| - Investitionssumme für 5 Jahre (ohne SF) von | 28.9 Mio. Franken | |

Erstmals im Finanzplan berücksichtigt ist:

- Projekt Neu-/Anbau Stadthaus

Im Finanzplan NICHT berücksichtigt sind:

- Umstellung der Rechnungslegung auf HRM 2 (geplant ab voraussichtlich 2016)
- Auswirkungen vom neuen Ressourcen- und Lastenausgleich (NFA SO)
- Massnahmenplan Kanton Solothurn 2013/2014
- Beiträge an die Pensionskasse von den Lehrer zur Sanierung der PK des Kanton Solothurn
- Ausbau von den Leistungen und Tarifierpassungen öV bzw. BGU

1.4. Übersicht

Alle 5 Planjahre (2015-2019) weisen einen Verlust aus. Gesamthaft ergibt sich ein Verlust von 14.0 Mio. Franken.

Investitionen von gesamthaft rund 28.9 Mio. Franken sind geplant im Verwaltungsvermögen. Die Spezialfinanzierungen betragen rund 4.6 Mio. Franken. Total sind das 33.5 Mio. Franken.

Aufgrund der negativen Ergebnisse und des laufenden Investitionsbedarfs werden Finanzierungsfehlbeträge von rund 31.5 Mio. Franken generiert.

Das Eigenkapital reduziert sich in dieser Periode entsprechend den kumulierten Verlusten um 14.0 Mio. von zuletzt 35 Mio. auf 19.2 Mio. Franken.

Aus dem budgetierten Nettovermögen von 5.2 Mio. Franken im 2014 ergibt sich per Ende 2019 eine Nettoschuld von 26.3 Mio. Franken.

Der Selbstfinanzierungsgrad über die 5 Jahre liegt dementsprechend nur noch bei 6 %, was einer sehr hohen Neuverschuldung entspricht.

1.5. Steuerertrag

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Aussichten wurde sowohl bei den natürlichen Personen als auch bei den juristischen Personen verhalten optimistisch auf Vorjahresniveau geplant:

Bei den natürlichen Personen (NP) wird bei unverändertem Steuerfuss von 124% mit einem jährlichen Zuwachs von gut 1 % auf der Basis der Staatssteuer 2013 gerechnet. Der Ausgleich der kalten Progression ist aufgrund der anhaltend tiefen Teuerung nicht berücksichtigt. Geplant sind Steuereinnahmen von 42.2 Mio. Franken (2015) bis 44.3 Mio. Franken (2019).

Auch bei den juristischen Personen (JP) bleibt der Steuerfuss unverändert bei 122%. Der jährliche Zuwachs beträgt knapp 3% im 2015 und 0% in den Folgejahren und basiert ebenfalls auf dem Steuerertrag 2012 bzw. 2013 und insbesondere auf den eingeholten Informationen bei den grössten Steuerzahler. Die Prognosen der steuerzahlenden Firmen sind wie immer ohne Gewähr. Geplant sind Steuereinnahmen von 17.5 Mio. Franken (2015) bis 18.0 Mio. Franken (2019).

Bei den übrigen Steuereinnahmen wurden jeweils 0.6 Mio. Franken geplant.

Gegenüber dem Vorjahres-AFIP sind nur unwesentliche Abweichungen geplant (vgl. auch Grafik Seite 10 des Berichts).

1.6. Ergebnisse Laufende Rechnung (LR)

Das Budgetdefizit 2014 von 1.8 Mio. Franken verstärkt sich auch in den Planjahren. Dazu kommen aber die zusätzlichen Kosten für die weiterhin steigenden Kosten für die Soziale Wohlfahrt, Bildungswesen und die Ablastungen des Kantons. Die damit im Finanzplan geplanten Defizite für die Jahre 2015-2019 verstärken sich unter diesen Voraussetzungen.

1.7. Finanzierungsergebnisse

Finanzierungsüberschüsse wie in den Jahren 2005 bis 2008 und auch 2013 sind für die Planjahre nicht mehr zu erwarten. Das insbesondere auch wegen der voraussichtlichen Ausfälle aus der Unternehmenssteuerreform III, deren Auswirkungen zum heutigen Zeitpunkt noch völlig unklar sind. Die wirtschaftliche Situation und die Einwohnerentwicklung der Stadt Grenchen beeinflussen diese Faktoren stark.

In der Planperiode beträgt der Finanzierungsfehlbetrag 31.5 Mio. Franken. Um diesen Betrag nimmt die Nettoverschuldung zu.

1.8. Entwicklung der Netto-Verschuldung

Aus einem budgetierten Nettovermögen von 5.2 Mio. Franken Ende 2014 oder Fr. 310 pro Einwohner wird eine Nettoverschuldung von 26.3 Mio. Ende 2019 oder Fr. 1'570 pro Einwohner.

1.9. Entwicklung Eigenkapital

Das Eigenkapital reduziert sich in der Planperiode um 14.0 Mio. Franken auf 19.2 Mio. Franken. Dieser Wert kann noch als befriedigend eingestuft werden. Trotzdem muss erwähnt werden, dass das Eigenkapital in den 5 Planjahren beschleunigt abnimmt. Als Faustregel sollte ein Eigenkapital von ca. 50-60% des Steuerertrags angestrebt werden, also aktuell rund 30 Mio. Franken.

- 1.10. Die von der Baudirektion und den übrigen Abteilungen angemeldeten Investitionsvorhaben mit 1. Priorität (Nettoinvestitionen) finden sich im Anhang 1 der Vorlage detailliert aufgelistet.

Mit den geplanten ordentlichen Investitionen in das Verwaltungsvermögen von 28.9 Mio. Franken liegt man rund 6.4 Mio. Franken über der Investitionsquoten von 4.5 Mio. p.a.

Die Planperiode 2015 – 2019 wird hauptsächlich durch folgende Neuerungen neu oder zusätzlich belastet:

- + 2.05 Mio. Fr. Diverse Lärmsanierungsmassnahmen im Strassenbau
- + 10.0 Mio. Fr. Projekt Neu-/Anbau Stadthaus

- 1.11. Weitere anstehende Investitionen

Auf der Liste der weiteren anstehenden Investitionen im Anhang 2 finden sich weiterhin alle anstehenden Investitionen, die im aktuellen Finanzplan nicht berücksichtigt sind.

- 1.12. Zusammenfassung

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass der Aufwand ohne ordentliche Abschreibungen von 2014 ins 2019 um rund 6.9 Mio. Franken bzw. um 8.1 % zunimmt und somit über der erwarteten Teuerung von 2.5% liegt.

Der Ertrag vom 2014 ins 2019 wächst um rund 3.6 Mio. oder 4.2 % tiefer.

Die Selbstfinanzierungsquoten sinken, aus dem Nettovermögen entsteht eine zunehmende Nettoverschuldung, die Stadt zehrt zahlenmässig weiterhin von der vorhandenen Substanz. Das Polster beim Eigenkapital wird kleiner.

Dies ergibt folgendes Fazit:

- Die Ergebnisse in diesem Finanzplan müssen zur zwingenden Umsetzung der bereits eingeleiteten und noch einzuleitenden Massnahmen zu Verbesserungen führen.
- Eine 5jährige Planungsphase enthält sehr viel Annahmen und Einschätzungen. Basis für jede Rechnung bildet nach wie vor das Budget, das jährlich erarbeitet wird.
- Der Bund und der Kanton können nicht mehr weiter auf Kosten der Gemeinden Ablastungen vornehmen. Die Belastung für die Gemeinden hat ein erträgliches Mass überschritten. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, ist es immer mehr notwendig, dass die Gemeinden gemeinsam ihre Interessen gegenüber dem Kanton und dem Bund vertreten. Die Sicht der Praktiker aus den Gemeinden muss vermehrt Gehör finden und die Tendenzen zu einer verstärkten Zentralisierung von bürgernahen Leistungen beim Kanton muss gebremst werden. Die grossen Leistungsfelder, insbesondere die Soziale Wohlfahrt oder das Bildungswesen sollten hingegen nicht im Hickhack der einzelnen Gemeinwesen verkompliziert und somit träge und teuer gemacht werden.

2. Eintreten

- 2.1. Wie Gemeinderat Renato Müller ausführt, sind Veränderungen im Finanzplan bekanntlich immer möglich - und aufgrund der Kennzahlen zum Finanzplan 2015 - 2019 - bitter nötig. Auch wenn der Finanzplan ein rollendes Planungsinstrument ist und die heutige Momentaufnahme schon bei den nächsten Veränderungen an Aussagekraft verlieren kann, gilt es diesen Prognosen Rechnung zu tragen und den Gemeindehaushalt der kommenden Jahre vorsichtig und wohlüberlegt zu planen. Die GRK hat in einer ersten Überarbeitung bereits Zeichen gesetzt und Sparmassnahmen festgelegt. Diese Massnahmen sind noch nicht ausreichend, um mittelfristig akzeptable Zahlen zu erhalten. Für die bevorstehende Erarbeitung des Budgets 2015 ist die Ausgangslage somit klar. Ohne weitere Einsparungen ist ein ausgeglichenes Budget nicht zu erreichen. Und damit ist die Vorgabe an alle Verwaltungsabteilungen ebenfalls gegeben. Weiteres Sparpotential muss beim Budgetieren ausgeschöpft werden. Verwaltung und Politik müssen Ihre Verantwortung wahr nehmen und alles daran setzen, dass die in der Finanzplanung 2015 - 2019 aufgezeigten Rechnungsdefizite, die schwachen Investitionsfinanzierungen (Selbstfinanzierungsgrad) und die damit verbundene Verschuldung abgewandt werden kann. Mit dieser Aufforderung nimmt die FDP-Fraktion den vorliegenden Finanzplan 2015 - 2019 zur Kenntnis, ist für Eintreten und dankt den Verantwortlichen für die Erarbeitung der umfangreichen Finanzkennzahlen.
- 2.2. Gemeinderat Heinz Müller erklärt, dass er sich seinem Vorredner anschliesst. Die SVP-Fraktion hat grosses Vertrauen in die Wirtschaftslage, welche sich als sehr stark und stabil auszeichnet. Als Wirtschaftspräsident der Wirtschaftskommission des Verbandes Swissmechanic konnte er an einer Umfrage, welche gemacht wurde, das Gleiche feststellen, mit kleinen Ausnahmen. Dementsprechend geht die SVP davon aus, dass man weiterhin eine starke Wirtschaft und dadurch auch starke Ertragszahlen haben wird. Dass Leiter Finanzen oder Finanzdirektoren dazu neigen, vorsichtig zu budgetieren, das ist der SVP klar, das kennt er als langjähriger Finanzpolitiker aus der kantonalen Politik. Auch hier in Grenchen ist es so. Er erinnert an den Satz von David Baumgartner bei der Behandlung der Rechnung im Gemeinderat vom 13. Mai 2014 (GRB 2807): *„Mit einem Ertragsüberschuss von rund 6.7 Mio. Franken fällt das Ergebnis von der Laufenden Rechnung um rund 9.4 Mio. Franken besser aus als budgetiert.“* Und dieses Ergebnis ist durch deutlich höhere Gesamterträge entstanden. Ein weiterer Punkt, weshalb die SVP Vertrauen hat, dass es besser aussehen wird, als es jetzt hier im Finanzplan aufgezeigt wird, ist, dass die Budgetierungsdisziplin klar gehalten werden muss. Die SVP-Fraktion wird fraktionsintern noch diskutieren, dass sie von keiner Abteilung höhere Budgetierungen für nächstes Jahr akzeptieren wird als sie im Jahr 2014 waren. Mit den diesen drei Punkten *stabile Wirtschaftslage, geschicktes Budgetieren und zusätzliche Sparmassnahmen* geht die SVP davon aus, dass der Finanzplan besser aussehen wird, so dass zwei Sachen Platz haben werden: erstens moderate Investitionen für die Gesamtbevölkerung von Grenchen und zweitens eine moderate Steuersenkung, welche die SVP nach wie vor verfolgt und von der sie glaubt, dass sie machbar ist. In diesem Sinne nimmt die SVP-Fraktion den Finanzplan zur Kenntnis.
- 2.3. Gemeinderat Marco Crivelli erklärt, dass sich die glp-/CVP-Fraktion in den meisten Punkten ihren Vorrednern anschliessen kann. Allerdings ist sie der Meinung, dass man den Selbstfinanzierungsgrad von 6 % (gefordert 70 -100 %) nicht einfach so hingehen darf, indem man denkt, dass es dann schon irgendwie gut kommt.

Auch ist zu beachten, dass diverse Projekte nicht mehr im Finanzplan enthalten sind, oder noch keine Zahlen hinterlegt sind. Jedoch wird sicherlich das eine oder andere Projekt realisiert. Die Zahlen zeigen ganz klar auf, dass man sich gut überlegen muss, wo und wie investiert wird. Ebenfalls ist es von Nöten, dass sämtliche Abteilungen wirtschaftlich vertretbar budgetieren und haushalten. Der Finanzplan zeigt ganz klar auf, dass man sich in Zukunft intensiver mit dem Haushalt der Stadt Grenchen auseinandersetzen müssen und da sind alle Fraktionen gefragt. In diesem Sinne ist die glp-/CVP-Fraktion für Eintreten und dankt der Finanzverwaltung für ihre Arbeit.

- 2.4. Gemäss Gemeinderätin Clivia Wulimann hat die SP-Fraktion den Finanzplan studiert. Für sie wäre es noch hilfreich, wenn man die Veränderungen sehen würde: Was wurde gestrichen, wo haben sich die Prioritäten geändert? Dann würde man auch sehen, wo mehr gewichtet wird, und man könnte Fragen stellen, warum etwas gestrichen wurde. So eine Darstellung würde ihr bei der Vorbereitung sehr dienen. Den Finanzplan kann man einfach zur Kenntnis nehmen. Der Gemeinderat kann praktisch nichts dazu sagen. Es wäre vielleicht sinnvoll, wenn die GR-Mitglieder den Finanzplan früher erhalten könnten, damit man ihn in den Fraktionen eingehender diskutieren kann. So wie es heute läuft, kann man den Finanzplan von der Kurzfristigkeit her einfach nur zur Kenntnis nehmen. Es können nicht gross Abklärungen vorgenommen werden, ob es z.B. die Strasse hier braucht oder die Sanierung dort nötig ist. Das muss der Gemeinderat jetzt einfach der Verwaltung glauben. Sie wäre froh, wenn man die zwei Wünsche für die Zukunft an die Finanzverwaltung weitergeben würde.
- 2.5. Stadtpräsident François Scheidegger nimmt den Wunsch, dass die Veränderungen aufgezeigt werden, zuhanden der Verwaltung entgegen. Man wird sich noch überlegen müssen, wie man dies sinnvoll darstellt. Über das Timing hat man sich verwaltungsintern im Zusammenhang mit der Rechnung und dem Budget auch schon unterhalten. Man muss aber beachten, dass es nicht ganz einfach zu bewerkstelligen ist.
- 2.6. David Baumgartner macht darauf aufmerksam, dass man dieses Jahr die Reihenfolge beim Finanzplan etwas geändert hat. In den letzten Jahren wurde er dem Gemeinderat jeweils im August oder sogar erst im September vorgelegt. Die Idee wäre, dass man die Rechnung abschliesst, danach den Finanzplan erstellt und während/nach den Sommerferien gleich mit dem Budgetprozess voll loslegen kann, wenn dann klar, wo die Prioritäten des Finanzplanes liegen. Die Finanzverwaltung kann die Dokumentation selbstverständlich früher liefern, damit die Fraktionen genügend Zeiten haben, diese intern zu besprechen und Fragen zu stellen. Die Budgetunterlagen werden im Normalfall auch jeweils ein bis zwei Wochen früher verschickt.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Renato Müller bezieht sich auf das Objekt *Bahnhof Süd: Neugestaltung und Busumsteigeplatz* (Anhang 1, Seite 2, unter Verkehr, Ziff. 6.7.). Von den Bruttokosten von 5.5. Mio. Franken wurden im Finanzplan im Jahr 2015 erst Fr. 100'000.00 für die Projektierung aufgenommen. Warum ist die Umsetzung in den Folgejahren nicht im Finanzplan?

- 3.1.1 Gemäss David Baumgartner wurde das bewusst so gemacht, weil man zuerst konkrete Angaben über ein Gesamtprojekt haben muss, was heute noch fehlt. Aus diesem Grund hat man zu wenige Angaben über ein Investitionsvolumen, das man im Finanzplan planen könnte. Sobald ein konkretes Gesamtprojekt vorliegt und die Zahlen bekannt sind, kann man dies auch im Finanzplan abbilden.
- 3.2. Renato Müller erkundigt sich betreffend Objekt Bahnhof Nord, warum nichts für die Entschärfung der Verkehrssituation gemäss FDP-Postulat „Stosszeiten am Bahnhof Nord - Eliminierung von Gefahren“ (GRB 2658/22.01.2013) im Finanzplan enthalten ist.
- 3.2.1 Die Baudirektion, so Jürg Vifian, Stadtbaumeister-Stv., hat etwas für die Verkehrsberuhigung geplant. Die Massnahmen werden nicht Fr. 100'000.00 kosten, weshalb sie im Finanzplan nicht vorkommen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Von den Ergebnissen des Finanzplanes 2015 - 2019 wird Kenntnis genommen.

Vollzug: FV

BD
FV

9.2.3 / acs

Auflösung Sonderkredit für die Übernahme von Bürgschaften: Antrag

Vorlage: WIRA 4031/16.05.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. David Baumgartner, Leiter Finanzen und Informatik, fasst die Vorlage kurz zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat löst den Sonderkredit für Bürgschaften von Fr. 960'000.00 per sofort auf.

Vollzug: FV

WIRA
Wifö
FV

8.5.1 / acs

Postulat Remo Bill (SP): Studienraum für Studenten: Beschluss über Erheblicherklärung

1. Mit Datum vom 2. Juli 2013 reichte Remo Bill (SP) folgendes Postulat ein:

1.1. Postulatstext:

Das Stadtpräsidium wird eingeladen, zu prüfen, ob in der Stadt Grenchen die Möglichkeit besteht, Studenten einen Studienraum zur Verfügung zu stellen, um sich für die Prüfungen vorzubereiten.

Begründung

Grenchen ist nicht nur eine Arbeiterstadt, sondern auch eine Stadt, welche jedes Jahr unzählige Studenten hervorbringt. Diese Studentinnen und Studenten verfolgen ihre universitäre Ausbildung in den verschiedensten Städten der Schweiz. Vor allem trifft man Studenten aus Grenchen in Bern, Basel und Zürich an.

Kurz vor den Semesterprüfungen kommen die Studenten nach Grenchen zurück, um sich für die Klausuren vorzubereiten. Die Möglichkeiten in Grenchen, sich als Student auf die Prüfungen vorzubereiten sind nicht vorhanden. Sei es nun alleine oder in einer Gruppe, einen Ort zum Lernen findet man in Grenchen vergebens. Deshalb sind viele Studentinnen und Studenten aus Grenchen gezwungen, nach Solothurn zu pendeln und frühmorgens einen Platz in der Zentralbibliothek zu ergattern. Dabei handelt es sich um Studenten an Fachhochschulen, Universitäten sowie Handelsschulen aber auch Kantonsschülern, die sich auf ihre Matur vorbereiten.

Deshalb ist es höchste Zeit, dieser jungen Generation in Grenchen eine Möglichkeit zu bieten, sich auch ausserhalb der Universitäten auf ihre akademische Zukunft vorzubereiten - weshalb nicht auch in Grenchen.

2. Begründung des Postulanten

2.1. Gemeinderat Remo Bill verweist auf den Postulatstext. Mit dem Anliegen für einen Studienraum sind Studenten an ihn herangetreten, die aus familiären oder aus Platzgründen nicht zu Hause lernen können. Es braucht seines Erachtens keinen multifunktionalen Raum mit allen Schikanen, sondern einen Raum, wo man individuell oder in Gruppen ungestört lernen kann. Vielleicht gibt es Möglichkeiten, bei der Umstrukturierung der Stadtbibliothek so einen Raum einzurichten. Er bittet den Rat, dem Nachwuchs etwas Sinnvolles zu geben - einen Studienraum für Studenten!

3. Erläuterungen

Jürg Vifian, Stadtbaumeister-Stv. nimmt Stellung wie folgt:

- 3.1. Es ist bei Maturanden und Studierenden von Fachhochschulen und Hochschulen üblich, vor Ort Lese- und Studienräume zu nutzen. Dies macht besonders Sinn, weil bei den entsprechenden Fakultäten die Infrastruktur und „Das Wissen“ für den Studenten vorhanden sind. Das Studium vor Ort, das heisst die Nutzung von Lesesälen und Bibliotheken und anderweitigen Medien ist an den Ausbildungsstätten kostenlos möglich und für den Studenten attraktiv, weil vor Ort der wichtige Erfahrungs- und Meinungsaustausch stattfinden kann.
- 3.2. Die Gebäude der Stadt Grenchen (Schulen und Verwaltung) sind voll ausgelastet. Es mangelt zum Beispiel auch an Sitzungsräumen. Freie Schulzimmer oder andere Räumlichkeiten stehen nicht zur Verfügung, auch in der Stadtbibliothek kann zurzeit kein Studien- oder Leseraum angeboten werden.
- 3.3. Sollte sich am Standort oder an dem Raumverhältnis der Stadtbibliothek in Zukunft etwas ändern oder reorganisiert werden, so könnte das erwünschte Raumbedürfnis eingeplant werden. Weiter wäre zu prüfen, ob auch im Zwinglihaus oder Eusebiushof Lese- oder Studienräume angeboten werden könnten. Es ist jedoch klarzustellen, dass es sich nur um Räumlichkeiten ohne weitere Infrastruktur für die Studierenden handeln kann.

Das Vorhaben ist weiterzuverfolgen und bei Gelegenheit zu verwirklichen.

- 3.4. Die Verwaltung beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

4. Diskussion

- 4.1. Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Hubert Bläsi, ist der Meinung, dass es beim vorliegenden Anliegen nicht um das Zentralste geht, das die Bevölkerung - wie auch die Jugendlichen - in Grenchen beschäftigt. Es gäbe sicherlich wesentlichere Inhalte, welche die Stadt Grenchen für diese Altersgruppe attraktiver machen würde. Das soll jetzt aber nicht heissen, dass die Idee von einem Studienraum total abzulehnen ist. Die FDP geht bei ihrer Haltung vom Ansatz aus, dass die Stadtbibliothek vor einer Neugestaltung steht. In diesem Zusammenhang wird es auch logisch sein, dort einen Lese- oder eben Studienraum einzurichten. Und weil er logisch gesagt hat, ist eine Umsetzung wie gegeben und das aktuelle Postulat aus ihrer Optik darum nicht nötig.
- 4.2. Gemeinderat Richard Aschberger führt aus, dass die Idee von Remo Bill zwar löblich, aber in den Augen der SVP-Fraktion unnötig ist. Wer verschiedene Fachliteratur braucht, muss ohnehin an die Universität oder in die Zentralbibliothek Solothurn gehen. Was den Lernraum betrifft, so gibt es auch an der Universität Studienräumlichkeiten, Lerngruppen etc. Das war schon vor Jahren so, als er selbst noch an der Uni Bern studierte. Oder sonst hat jeder Student eine Wohnung oder lebt bei seinen Eltern. Also findet sich auch irgendwo ein Platz zum Lernen. Die Stadt muss nach Auffassung der SVP-Fraktion hier nicht noch speziell weiterhelfen. Schliesslich handelt es sich um die akademische Elite des Landes. So kann man ihr auch zutrauen, ein gewisses Organisationstalent zu haben und einen Ort zum Lernen zu finden.

4.3. Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 9 : 6 Stimmen folgender

5. Beschluss

5.1. Das Postulat wird nicht erheblich erklärt.

Vollzug: KZL

BD
GLSG
FKSG
SV
Wifö

2.7.1 / acs

Interpellation Urs Wirth (SP): Arbeitsamt Grenchen

1. Mit Datum vom 22. April 2014 reichte Urs Wirth (SP) folgende Interpellation ein:
 - 1.1. Interpellationstext:
 1. *Wird das Arbeitsamt Grenchen auch nach der Ausgliederung aus dem SDOL auf dem Platz Grenchen erhalten bleiben?*
 2. *Wo wird künftig das Arbeitsamt angegliedert?*
 3. *Wird eine Wiedereröffnung einer „Vollprogramm-RAV-Stelle“ angestrebt?
Eigentlich müsste aufgrund der Arbeitslosenzahlen in der Region Grenchen die Erstanlaufstelle RAV zu einer „Vollprogramm-RAV-Stelle“ weiter ausgebaut werden.*
 4. *Wird eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden aus dem Kanton Bern angestrebt (analog BL)?
Genau in diesem Bereich bestünde die Chance einer kantonsübergreifenden Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden.*

2 Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation vom Stadtpräsidium beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

- 3.1. Vize-Stadtpräsident Urs Wirth bedankt sich für die Beantwortung der Fragen und für die Zusicherung, dass das Arbeitsamt in Grenchen bleibt. Er erklärt sich von der Antwort vollständig befriedigt.
4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

SDOL
FV

8.6.1 / acs

Überparteiliches Postulat: Welche Organisationsfragen gehören in die Gemeindeordnung (GO)? Beschluss über Erheblicherklärung

1. Mit Datum vom 13. Mai 2014 wurde folgendes überparteiliche Postulat eingereicht:

1.1. Postulatstext:

Das Stadtpräsidium soll die Gemeindeordnung dahingehend überprüfen, welche Organisationsformen weiterhin sinnvollerweise in der Gemeindeordnung geregelt werden und welche in die Kompetenz des Gemeinderates oder in die Kompetenz des Stadtpräsidenten delegiert werden sollen.

Begründung:

Bei praktisch jeder Neuorganisation von Abteilungen oder Ämtern muss die Gemeindeordnung angepasst werden. Diese Tatsache bewirkt, dass Organisationsänderungen nur mit grossem Aufwand und nur sehr träge vorgenommen werden können. Hier wirkt die Gemeindeordnung als einengendes Korsett und verhindert eine oft notwendige Flexibilität. Diese Flexibilität würde massiv verbessert, wenn gewisse Handlungs- und Organisationskompetenzen dem Gemeinderat oder gar dem Stadtpräsidenten delegiert werden könnten.

Bemerkung: Der Vorstoss wird zwar unterzeichnet, es werden aber keine Erstunterzeichnende explizit benannt. Damit soll verhindert werden, dass der Vorstoss einer bestimmten Person oder einer Partei zugeordnet wird.

2. Begründung des Postulanten

2.1. Vize-Stadtpräsident Urs Wirth verzichtet auf weitere Erklärungen. Dem Postulatstext kann entnommen werden, was das Anliegen des Vorstosses ist.

3. Erläuterungen

Stadtschreiberin Luzia Meister gibt folgende Stellungnahme ab:

3.1. Die Gemeindeordnung (GO), die der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung (GV) unterliegt, hat die wesentlichen Grundlagen eines Gemeinwesens zu enthalten. Dazu gehören auch die wichtigsten Punkte der Organisation und die Bestellung der Organe und Verwaltungsorgane.

3.2. Über die Gestaltung von Reglementen und ihre Regelungsdichte gibt es unzählige Ansichten und Theorien.

So ist die Frage, was auf die Stufe Gesetzgeber (also GO, die von der GV genehmigt werden muss) gehört und was auf tieferer Stufe (Exekutive, in Grenchen Gemeinderat) geregelt werden kann, keine scharf zu bestimmende Frage. Kriterium ist immer: Was erachtet man als so grundlegend und politisch bedeutsam, dass es der Gesetzgeber (sprich in Grenchen die GV) beschliessen soll und was ist von geringerer Bedeutung und wird der vollziehenden Behörde überlassen? Wo genau die Grenze liegen soll, ist immer auch eine politische Frage. Und als solche hat sie nicht in jeder Gemeinde und nicht zu jeder Zeit das gleiche Gewicht.

- 3.3. So mag man es an einem Ort als elementar empfinden, durch wen und wie die Ambulanz organisiert wird oder wer sich um Kulturfragen zu kümmern hat, und an einem anderen Ort überlässt man die Frage der Exekutive, in der Überzeugung, dass es sich hier um eine primär ökonomisch-organisatorische Frage und nicht um ein Politikum handelt und dass die Behörde es schon richtig machen werde.
- 3.4. Eine GO sollte aber auf jeden Fall die Grundzüge ihrer Organisation festlegen. Für Gemeinden, die das Ressort-System kennen, verlangt der Kanton (Amt für Gemeinden), dass auf Gesetzgebungsstufe festgelegt wird, welche Aufgaben in welches Ressort fallen.
- 3.5. Es trifft zu, dass Änderungen in der GO mehr Zeit brauchen. Die GO kann deshalb auch als bremsend empfunden werden; andererseits verlangt das auch, sich gut zu überlegen, was man wirklich ändern will und wie man es weitblickend formuliert.
- 3.6. Die Grenchner GO von 1993 wurde im Bereich Organisation schon mehrfach geändert. Zahlreiche Kommissionen wurden abgeschafft, Aufgaben kamen neu dazu und das eine und andere wurde umorganisiert. Das hat über die Jahre zu nicht mehr übersichtlichen Regelungen geführt, die z.T. auch nicht mehr kongruent scheinen.
Deshalb scheint es auf jeden Fall angebracht, die bestehende Regelung zu überprüfen und dem Gemeinderat Bericht zu erstatten. Dabei soll auch die Frage der „Flughöhe“ der Organisations-Regelungen geklärt werden, also wo allenfalls die Organisation dem Gemeinderat überlassen werden könnte.
- 3.7. Die Verwaltung beantragt, das Postulat erheblich zu erklären. Dem Gemeinderat ist über den Stand in der Grenchner Gemeindeordnung zu berichten und ein Verbesserungsvorschlag vorzulegen.

4. Diskussion

- 4.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

5. Beschluss

- 5.1. Das Postulat wird erheblich erklärt. Dem Gemeinderat ist über den Stand in der Grenchner Gemeindeordnung zu berichten und ein Verbesserungsvorschlag vorzulegen.

RD

0.1.0.0 / acs

Postulat Clivia Wullimann (SP): Saubere Gemeinderäte: Beschluss über Erheblicherklärung

1. Mit Datum vom 13. Mai 2014 reichte Clivia Wullimann (SP) folgendes Postulat ein:

1.1. Postulatstext:

Sachverhalt

Die Gemeinderäte wurden nach der erfolgten Gemeinderatswahl jeweils angefragt, welche Interessenbindungen sie haben.

So mussten sie darlegen, in welchen wichtigen Verbänden, Vereinen etc. sie bedeutende Funktionen erfüllen.

Diese Interessenbindungen wurden jeweils auf der Homepage der Stadt Grenchen aufgeschaltet.

Beim Durchsehen der aktuellen Homepage ist mir aufgefallen, dass unter dem Titel Politik der Gemeinderat zwar erwähnt ist, jedoch ist nur sein Sitzungsplan aufgeschaltet.

Das ist ein wenig dürftig. Immerhin handelt es sich um die Exekutive. Es sollte ohne grossen Aufwand möglich sein, aktuelle Fotos wie auch die Interessenbindungen der Gemeinderäte auf die Homepage zu laden.

Zudem könnten noch weitere Rubriken eingefügt werden. Denkbar wäre z.B. dass die Gemeinderatsmitglieder - selbstverständlich freiwillig - den jeweiligen aktuellen Betriebsregisterauszug, Strafregisterauszug und die definitive Steuerveranlagung auf die Homepage laden könnten.

In der heutigen Zeit ist Transparenz wichtig. Die Bevölkerung soll und darf wissen, wen sie wählt. Die Mitglieder des Gemeinderates haben Vorbildfunktion. Sie genießen ein besonderes Vertrauen der Bevölkerung. Darum haben sie auch einen Anspruch, zu wissen, ob sich die Mitglieder des Gemeinderates in der grundlegenden Lebensführung sauber verhalten.

Der Aufwand für die Verwaltung würde sich in Grenzen halten. Eine Aktualisierung der Unterlagen wäre vielleicht einmal während der Legislaturperiode angezeigt.

Anträge

- 1. Es sei zu prüfen, ob die Fotos der Gemeinderatsmitglieder sowie die Interessenbindungen auf die Homepage der Stadt Grenchen zu laden seien.*
- 2. Es sei zu prüfen, ob weitere freiwillige Daten wie Betriebsregisterauszüge, Strafregisterauszüge und definitive Steuerveranlagungen der Gemeinderatsmitglieder auf die Homepage der Stadt Grenchen geladen werden können.*

2. Begründung des Postulanten

- 2.1. Laut Gemeinderätin Clivia Wullimann ist es im Kantonsrat selbstverständlich, dass man die Interessenbindungen offen legt. Das wissen die Kantonsrätinnen und Kantonsräte im Gemeinderat. Einige mussten sie noch nachreichen. Was für KR-Mitglieder selbstverständlich ist, sollte auch für die GR-Mitglieder der Stadt Grenchen gelten. Man sollte nichts verstecken. Gegen ihren ersten Antrag, dass man die Interessenbindungen auf der Homepage veröffentlichen, kann niemand im Ernst etwas einzuwenden haben. Der zweite Antrag basiert auf Freiwilligkeit. Niemand soll gezwungen werden, aber man soll die Gelegenheit geben – wenn dies gewünscht wird - einen Strafregisterauszug, einen Betreibungsregisterauszug und auch eine definitive Steuerveranlagung auf die Homepage laden zu können. Das hat mit der Transparenz zu tun. Jeder Ausländer, der etwas länger in der Schweiz bleibt, muss dies alles einreichen. Das gehört zur Lebensführung und soll zeigen, dass er sein Leben im Griff hat. Ein Gemeinderat hat auch Vorbildfunktion. Man ist gewählter Volksvertreter und selbstverständlich darf die Bevölkerung wissen, was man für eine Lebensführung hat. Clivia Wullimann betont, dass dies freiwillig ist. Man kann niemanden zwingen, seine Daten herauszugeben. Aber derjenige, welcher die betreffenden Auszüge veröffentlichen möchte, soll die Möglichkeit haben, dies zu tun.

3. Erläuterungen

Stadtschreiberin Luzia Meister gibt folgende Stellungnahme ab:

- 3.1. Zu Frage 1: Fotos und Interessenbindungen
- 3.1.1 Die Liste der Interessenbindungen der Gemeinderäte ist seit Jahren auf dem Internet einsehbar (z.B. Stichwort „Interessenbindung“ eingeben). Solche Listen sind nicht einfach aktuell zu halten. Aber sie geben doch ein Minimum an Informationen. Wo die Gemeinderäte selbst der Stadtkanzlei Änderungen melden, werden diese selbstverständlich nachgetragen.
- 3.1.2 Die Stadtkanzlei ist derzeit daran, diese auf den neuesten Stand zu bringen. Dazu werden alle GR-Mitglieder aufgefordert werden, ihre Daten à jour zu bringen.
- 2.1.3 Ob zusätzlich Fotos der Gemeinderäte auf die Website sollen, wird vielenorts kontrovers diskutiert. Manche mögen es nicht, wenn Porträtfotos von ihnen ins Netz gestellt werden. Denkbar wär quasi als Kompromiss ein Gruppenfoto.
- Ob die Parteien auf ihren Webseiten allenfalls Fotos und anderes aufschalten ist in ihrer eigenen Kompetenz.
- 3.2. Zu Frage 2: Betreibungsregisterauszüge, Strafregisterauszüge und definitive Steuerveranlagungen etc.
- 3.3. Weitere Daten wie Betreibungsregisterauszüge, Strafregisterauszüge und definitive Steuerveranlagungen der Gemeinderatsmitglieder aufs Internet zu schalten, ist datenschutzrechtlich unzulässig und auch nicht sinnvoll. (PS: Gemäss der kantonalen Datenschützerin dürfte man nicht einmal GR-Protokolle ins Netz stellen!)

Nicht einmal auf Basis der Freiwilligkeit möchten wir solche Informationen auf unserer Gemeindeforum haben. Denn es gibt viele gute Gründe für einen Gemeinderat, gegen die Publikation solcher Daten zu sein, selbst wenn er nichts Unlauteres zu verstecken hat. Unzulässige Umkehrschlüsse über Personen, die solche Publikationen

ablehnen, die heikle Aussagekraft mancher Auszüge und anderes mehr sprechen klar gegen diese Forderung.

Wenn solche Auszüge, wie das Postulat argumentiert, für die Wählenden relevant sein sollten, müssten sie vor den Wahlen durch die Parteien oder Kandidaten offengelegt werden. Falls ein Kandidat das als sinnvoll erachtet, mag er das tun. Ob eine Partei ihre Kandidaten zu einem solchen Vorgehen anhalten will, muss sie selbst diskutieren; es dürfte so jedenfalls nicht einfacher werden, genügend gute Kandidaten zu finden. Es scheint primär Aufgabe der Parteien, ihre Kandidaten zu prüfen. So gibt es Parteien, die von ihren Kandidaten die Bestätigung verlangen, dass keine Einträge vorhanden sind.

3.4 Die Verwaltung beantragt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

4. Diskussion

4.1. Einen Schritt ist Gemeinderat Hubert Bläsi heute bereits auf die Postulantin zugegangen: Er hat sich nämlich heute geduscht und hofft so, die Sauberkeitsnorm zu erfüllen. Mit einem etwas ernsteren Hintergrund erinnert er daran, dass vor ein paar Jahren ein FDP-Gemeinderat das Wort „sauber“ in einem Vorstosstitel eingesetzt hat. Er ist damals von der Gegenseite in eine bestimmte Ecke gestellt und massiv belehrt worden, solche Ausdrücke zu vermeiden. Wie auch immer. Natürlich ist es wichtig, dass sich Menschen in öffentlichen Ämtern - wie z.B. in der Rolle als Gemeinderätin/Gemeinderat aber auch als Kommissionsmitglied, Verwaltungsrat etc. - möglichst korrekt verhalten und Interessenbindungen korrekt offenlegen. Das wird aber seines Wissens auch so gehandhabt und entsprechende Listen sind vorhanden, auch wenn sie auf der Homepage nicht sofort einsehbar sind. Darüber hinaus ist die FDP aber auch der Meinung, dass den Parteien als Nominationsorgane eine wichtige Rolle zukommt. Bei der FDP ist es notabene üblich, vor einer Wahl eine Selbstdeklaration zu unterschreiben. Das Postulat geht jetzt noch einen Schritt weiter und regt an, weitere freiwillige Daten zu publizieren. Da staunt der Laie und er fragt sich, ob man da gezielt Kolleginnen oder Kollegen aus dem Rat im Kopf hat. Falls dem so sein sollte, bittet er um eine entsprechende Offenlegung und die Formulierung von direkten Vorwürfen an die vorstellbaren Adressaten. Das wäre dann auch eine wichtige Komponente von Transparenz! Wesentlich ist aber zudem das persönliche Verhalten. Wer sich nämlich zur Wahl stellt und das Vertrauen der Bevölkerung bekommt, sollte doch auch gewisse Erwartungen erfüllen. Dazu gehören z.B. das Einhalten des geleisteten Eids (das würde dann ev. auch bedeuten, nicht juristisch gegen die Stadt aufzutreten), das Wahrnehmen von den jeweiligen Aufgaben wie Aktenstudium, Recherchierarbeit, Sitzungsteilnahmen, Geschäftsvertretungen usw.

Fazit: Die FDP-Fraktion wird der Erheblicherklärung nicht zustimmen. Die verlangten Inhalte sind erfüllt oder werden gemäss der heute abgegebenen Liste aktualisiert. Die Offenlegungen sind aus ihrer Sicht Ehrensache!

4.2. Für Gemeinderätin Nicole Hirt ist klar, dass alle, welche ein öffentliches Amt ausüben, hier für vollständige Transparenz sorgen wollen. Sie hat als Kantonsrätin nicht absichtlich ihre Interessenbindungen nicht deklariert - sie hat nichts zu verstecken - sondern sie hat es schlichtweg vergessen. Das soll vorkommen.

Da ist es doch schön, wenn man vom Kanton via Zeitung aufgefordert wird, dies nachzutragen. Sie hat mittlerweile alles Nötige eingereicht und die Sache ist damit für sie erledigt. Für die CVP-/glp-Fraktion handelt es sich hier um eine administrative und keine politische Angelegenheit. Aus diesem Grunde findet sie, dass dies nicht nötig und das Postulat nicht erheblich zu erklären ist.

- 4.3. Gemeinderat Heinz Müller hat sich sehr geehrt gefühlt, dass Clivia Wullimann in ihrer raren Freizeit ein Postulat verfasst hat - sozusagen ein Lex-Müller-Postulat - das direkt auf ihn abzielt. Selbstverständlich ist Transparenz auch für die SVP-Fraktion etwas Wichtiges. Dementsprechend kommen aus der Fraktion auch ab und an Aufträge resp. Anträge, welche Transparenz fordern (z.B. Auftragsvergabe Stadt Grenchen, Immobilienbewirtschaftung oder auch Lohntransparenz bei den Angestellten). Er wird jetzt gleich mit gutem Beispiel vorangehen und die gewünschten Angaben freiwillig liefern. Und weil der Gemeinderat öffentlich ist, werden die Medien auch darüber berichten können. Erstens stellt er klar, dass sein Betreuungsauszug sauber ist. Obwohl er seit 25 Jahren ein Geschäft betreibt und zwischen 8 und 15 Mio. Franken Umsatz macht, werden sämtliche Rechnungen rechtzeitig bezahlt. Zweitens wurde sein Strafregisterauszug vor ein paar Monaten durch die Medien sehr öffentlich gemacht. Er sei ein „verurteilter Steuerbetrüger“ – dies konnte man kürzlich ja auch von einer bestimmten Person via Radio und Fernsehstationen hören. Eine Falschbuchung von Fr. 16.000.00, welche über 10 Jahre zurückliegt, hat gereicht, dass so ein Urteil gefällt wurde – übrigens war der Oberrichter ein SP-Mann. Er kann verstehen, dass so etwas passieren kann. Aber es geht um Fr. 16'000.00, welche nicht am richtigen Ort verbucht wurden und das gilt als Steuerbetrug. Weder Grenchen noch der Kanton noch der Bund haben einen Rappen verloren. In seiner Firma wurde eine entsprechende Korrektur vorgenommen und somit ist er diesbezüglich wieder sauber. Vom anderen grossen Vorwurf wurde er vom Obergericht freigesprochen. Drittens vertritt die SVP-Fraktion betreffend Steuerveranlagung die gleiche Position wie die Stadtschreiberin: Was für den Bürger gilt, soll auch für gewählte Gemeinderätinnen und räte gelten. Er kann versichern, dass er mit seiner Firma und seinen Angestellten nicht zu den kleinsten Steuerzahlern in Grenchen gehört. Er hofft, dass seine Angaben insbesondere Clivia Wullimann, ausreichend erscheinen. Die SVP lehnt das Lex-Müller-Postulat – wer immer dies auch geschrieben hat - einstimmig ab.
- 4.4. Laut Clivia Wullimann nimmt sich Heinz Müller zu wichtig. Das Postulat wurde nicht für ihn geschrieben, auch wenn er dies nun alles auf sich münzt. Sie weiss, dass er nicht der einzige ist, der schon einmal strafrechtlich verurteilt wurde. Aber dies spielt hier auch keine Rolle. Es geht nicht nur um ihn im Gemeinderat, sondern auch um andere Leute und vor allem um die Bevölkerung. Man hätte jetzt die Möglichkeit gehabt, dies freiwillig zu tun. So wie es aussieht, wird das Postulat heute abgelehnt. Clivia Wullimann kündigt deshalb an, dass die SP Grenchen die betreffenden Dokumente mittels eigener Homepage veröffentlichen wird, denn sie hat nichts zu verstecken. Die SP wird dies irgendeinmal nach den Sommerferien an die Hand nehmen. Bis Ende Jahr, so verspricht Clivia Wullimann, werden die nötigen Daten auf die Homepage der SP Grenchen gestellt werden, denn die SP will Transparenz. Die Wähler der SP sollen wissen, wen sie wählen.
- 4.5. Stadtpräsident François Scheidegger regt an, dass die SP auf ihrer Homepage auch gleich die fraglichen Dokumente ihrer Kommissionsmitglieder veröffentlicht.
- 4.6. Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht 10: 4 Stimmen, 1 Enthaltung, folgender

5. Beschluss

5.1. Das Postulat wird nicht erheblich erklärt.

RD

0.1.2 / acs

Postulat Clivia Wullimann (SP): Städteranking (Bilanzartikel): Beschluss über Erheblich- erklärung

1. Mit Datum vom 13. Mai 2014 reichte Clivia Wullimann (SP) folgendes Postulat ein:

1.1. Postulatstext:

Sachverhalt

Wie jedes Jahr im Mai erscheint in der Bilanz das Städteranking. Bekannterweise schaffte es die Stadt Grenchen im diesjährigen Städteranking auf den Platz 137 von 147 Plätzen.

Wie der Stadtpräsident zu Recht in seinem Interview mit der Solothurnerzeitung ausgeführt hat, ist dieses Städteranking „bloss ärgerlich und schädlich“. Zudem sind einige Kriterien wie deren Gewichtung für die Bewertung nicht nachvollziehbar.

Leider wird dieses Städteranking schweizweit beachtet. Auswärtige sprechen die hiesige Bevölkerung darauf an.

Statt immer zu lamentieren, wäre es nicht möglich, eine Charmeoffensive zu starten und die verantwortlichen Journalisten einzuladen und einen Rundgang durch unsere lebenswerte Stadt zu machen.

Antrag

Es sei zu prüfen, die für das Städteranking verantwortlichen Journalisten der Bilanz zu einem Augenschein durch Grenchen einzuladen.

2. Begründung des Postulanten

2.1. Das wäre, so Gemeinderätin Clivia Wullimann, eine Charmeoffensive, welche der Stadtpräsident ergreifen könnte. Die SP baut ihm hier eine Brücke, damit er die Journalisten der Bilanz nach Grenchen einladen könnte. Und warum nicht einmal mit allen Gemeinderäten zusammen eine Stadtführung unternehmen? Dem Gemeinderat fällt sicher kein Zacken aus der Krone, wenn man dies machen würde. Vielleicht resultiert daraus auch noch einmal ein guter Artikel über Grenchen. Versuchen kann man es alleweil.

3. Erläuterungen

Stadtpräsident François Scheidegger gibt folgende Stellungnahme ab:

*«Grenchen ist innerhalb der Region vom Genfersee
bis Schaffhausen ein sehr guter Standort.»*

Martin Rüegegger, Geschäftsleiter Feller Pivotages AG, GT vom 30.6.2014

- 3.1. Alljährlich führt die Beraterfirma „Wüest & Partner“ im Auftrag der Zeitschrift «Bilanz» das angesprochene «Städteranking» durch. Gemäss Homepage der Firma stehen die Bau- und Immobilienmärkte sowie die Raum- und Standortentwicklung im Fokus ihrer Beratungstätigkeiten.
- 3.2. Das Städteranking wird anhand von elf Kriterien, die sich insgesamt aus über 100 Variablen zusammensetzen, generiert. Die Themen sind: Arbeitsmarkt; Entwicklung Stadtbevölkerung und Wohnmarkt; Bildung; Kultur und Freizeit; Erholung; Einkaufsinfrastruktur; Gesundheit und Sicherheit; Soziales; Mobilität und Verkehr; Steuerattraktivität, Kaufkraft, Krankenkassenprämien; Besonderheiten Stadt und Verwaltung.
- 3.3. Aufgrund von Recherchen der Wirtschaftsförderung der Stadt Grenchen von 2010 ist aus methodischer Sicht zu monieren, dass die kausalen Abhängigkeiten zwischen den insgesamt über 100 verschiedenen Indikatoren wohl kaum systematisch berücksichtigt werden. Die Folge sind redundante Gewichtungen ähnlicher bzw. eng zusammenhängender Eigenschaften, wodurch die Ergebnisse verzerrt werden. 2010 stand z.B. Davos als national bedeutender Tourismusort und Austragungsort des WEF auf dem 122. Rang, damals hinter der Stadt Grenchen. Hauptgrund dürfte die damals höhere Gewichtung der Zentralität und der Erreichbarkeit sein. Umgekehrt ist Opfikon meist hoch eingestuft; dies vorwiegend wegen den vielen Hotelübernachtungen. Dass diese aber nicht wegen der Attraktivität Opfikons sondern wegen des (lauten!) Flughafens und den zu Übernachtungen gezwungenen Fluggästen und Flugangestellten, bleibt unberücksichtigt. Diese zwei Beispiele zeigen, dass die Ergebnisse von Rankings stark davon abhängen, welche Aspekte im Einzelnen in den Vordergrund gestellt werden bzw. was konkret angeschaut wird.
- 3.4. Gute Wohnlagen, gute Schulen, ein schönes Naherholungsgebiet, geringe Stauzeiten oder auch der Skilift auf dem Grenchenberg sind positive Aspekte Grenchens, die nicht in das Rating einfließen. Dass solche Parameter nicht erfasst werden, ist jedoch systemimmanent. Eine Bekanntmachung dieser Vorzüge im Rahmen einer Einladung von Journalisten vermag nichts zu bewirken, wie die Erfahrung belegt. Zudem korreliert das Rating stark mit Steuerfaktoren. Eine wesentliche Verbesserung Grenchens in der Rangliste wäre also vor allem durch Steuersenkungen zu erreichen. Diese aus unserer Sicht einseitige Gewichtung finanzpolitischer Faktoren werden wir bei der «Bilanz» wie auch bei „Wüest & Partner“ schriftlich bemängeln.
- 3.5. Es gibt aus Sicht der Stadtverwaltung zudem wichtigere und fundiertere Rankings als das alljährlich in der Bilanz publizierte. So zum Beispiel die Regionenanalyse der Credit Suisse, die den Fokus auf die Wirtschaftskraft von Städten und Regionen legt. In dieser Studie liegt die «Wirtschaftsregion Grenchen» immerhin auf Platz 67 von 110 untersuchten Regionen. Für eine Stadt ihrer Grösse weist Grenchen laut Studie zudem auch eine sehr geringe Verkehrsstaudichte und erschwingliche Eigentums- und Mietpreise auf. Erfreuliche Kunde gibt es auch vom Verein Hauptstadtregion Schweiz, der von den Kantonen Solothurn, Bern, Freiburg, Neuenburg und Wallis getragenen Vereinigung zur Entfaltung der Wirtschaftskraft dieser Regionen. Die Haupt-

stadtregion Schweiz wertet die Industriezone rund um die Neckarsulmstrasse als einen der 12 Top-Entwicklungsstandorte im gesamten Gebiet der 5 Kantone und als einer der drei Top-Entwicklungsstandorte im Kanton Solothurn (ohne Rangfolge). In einem kantonsübergreifenden Prozess wollen die Kantone, Regionen und Städte der Hauptstadtregion nun dafür sorgen, dass ihre 20 besten Entwicklungsstandorte möglichst rasch für die Nutzung durch bestehende oder neu zuziehende Unternehmen zur Verfügung stehen.

- 3.6. Die Stadtverwaltung, namentlich der Stadtpräsident, wird weiterhin Kontakte zu solchen Organisationen, Schüsselpersonen und Medien pflegen und sich bietende Gelegenheiten der Präsentation nutzen.

Dass dies zu gelingen vermag, zeigt die dem Gemeinderat heute verteilte Bericht über Grenchen in der Broschüre «SWISS Magazine», die im Juni an rund 1'250'000 Passagiere der SWISS verteilt wurde. Den Ergebnissen der Städterankings – so nachteilig diese aus medialer Sicht erscheinen mögen – dürfen wir mit einem gewissen Mass an Gelassenheit und mit starkem Selbstbewusstsein bezüglich der Vorzüge der Regionen Grenchen begegnen. Anstatt negative Ratings zu bewirtschaften und sie der Öffentlichkeit unnötigerweise in Erinnerung zu rufen, sollten wir uns darauf konzentrieren, die Vorzüge Grenchens zu stärken und diese zu kommunizieren. Und da sind auch die Mitglieder des Gemeinderats in der Pflicht.

- 3.7. Die Verwaltung beantragt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

4. Diskussion

- 4.1. Wie Gemeinderat Aldo Bigolin ausführt, ist die FDP-Fraktion der Auffassung, dass das Städteranking nicht entscheidend für Entwicklung der Stadt Grenchen ist. Sie zweifelt daran, dass die definierten und angewandten Kriterien aufgrund einer Begehung geändert werden, nur damit Grenchen in ein besseres Licht gerückt wird. Zudem lassen solche Rankings mit solchen Kriterien immer noch einen sehr grossen Interpretationsspielraum zu. Zugleich muss erwähnt werden, dass es andere Rankings gibt, welche Städte wie Solothurn und Olten hinter Grenchen lassen. Grundsätzlich gilt aber, dass man nicht schlechte Botschaften in Erinnerung bringen will oder soll. Deshalb wird die FDP-Fraktion das vorliegende Postulat nicht erheblich erklären. Die Grenchner sollten sich nicht an solchen Rankings messen lassen müssen. Deshalb die Botschaft der FDP: *Die Grenchner stehen für Grenchen ein, Grenchen, die florierende Industriestadt im Grünen.*

- 4.2. François Scheidegger dankt Aldo Bigolin für den Slogan.

- 4.3. Nachdem sich der Stadtpräsident, so Gemeinderat Ivo von Büren, sehr sachlich und ausführlich zum vorliegenden Postulat geäussert hat, möchte er nur noch beliebt machen, sich den letzten Satz seiner Ausführungen sehr gut zu merken.

- 4.4. Für Gemeinderätin Nicole Hirt sind die Rankings entweder ärgerlich oder erfreulich, je nachdem wo man sich befindet. Die Rankings sollte man lesen, sich ärgern oder freuen und dann sofort in die Tonne werfen. Man muss die Leute überzeugen, dass Grenchen lebenswert ist und nicht auf irgendein beliebig gestaltetes Ranking schauen. Die CVP-/glp-Fraktion wird das Postulat nicht erheblich erklären.

- 4.4. Clivia Wullimann erklärt namens der SP-Fraktion, dass sie gestern einen panischen Anruf eines Gemeindepräsidenten erhalten hat, weil man schlecht über die Stadt Grenchen redet. Klar hat das Einfluss, was in einem Bilanzartikel steht. Wer ein wenig den Horizont öffnet und aus Grenchen hinaus geht, weiss, was die Leute so reden. Dass Grenchen einen der letzten Plätze im Ranking der Bilanz belegt, kommt prompt. Das haben alle hier schon einmal erfahren. Das brennt sich schliesslich in die Köpfe der Leute ein. Der Stadtpräsident hat ausführlich erklärt, warum diese Rankings falsch sind. Clivia Wullimann ist sogar der gleichen Meinung wie er und denkt ebenfalls, dass „Wüest & Partner“ falsch liegen. Nur sagen ihr viele, dass die Investoren auf diese Rankings schauen, um zu entscheiden, ob sie hier investieren oder nicht. Man kann jetzt sagen, dass einem das Ranking der Bilanz nichts angeht - das ist eine Haltung, die man haben kann. Grenchen kann sich letztendlich in der Ecke verkriechen und sich sagen, dass man eine schöne Stadt ist und alles hat, was man braucht. Das ist aber nicht der Sinn und Zweck. Ihre Lebenserfahrung hat sie gelehrt, dass man etwas bewirken kann, wenn man mit den Leuten redet. Sie nimmt nicht an, dass man mit einem Besuch das Ranking verändern kann, aber es beeinflusst das Denken. Vielleicht könnte man damit auch einen Bilanzartikel über die Stadt generieren. Clivia Wullimann stellt fest, dass man dies einfach nicht will.
- 4.5. Nach Meinung von Ivo von Büren wurde die grösste negative Schlagzeile in Grenchen im letztem September abgewählt. Ab jetzt kann es nur noch positiv herauskommen. Dann braucht man sich auch keine Sorgen wegen eines Bilanzartikels machen.
- 4.6. François Scheidegger würde diese Rankings nicht einfach in die Tonne werfen, sie stehen im Raum. Es ist wichtig, dass man sich damit befasst, aber man muss sie relativieren. Er gibt Clivia Wullimann Recht, dass man probieren muss, dort auch Einfluss zu nehmen. Aber er glaubt nicht, dass es etwas bringt, wenn man die Journalisten von Zürich nach Grenchen einlädt. Die Kriterien sind klar vorgegeben. Es ist wie ein Trichter, wo man die Daten oben einfüllt und unten etwas herauskommt. Hier können die Journalisten nicht mehr viel ändern. Viel wichtiger scheint ihm, darauf aufmerksam zu machen, dass gewisse Kriterien, welche sie brauchen, nicht tauglich oder nur aus Zürcher Optik tauglich sind. Zum Beispiel Fluglärm oder Verkehrstau: da denkt man als Zürcher vielleicht gar nicht daran, dass es noch Regionen ohne Fluglärm oder ohne Verkehrstau gibt. Auch das ist Lebensqualität. Hier sieht er den Ansatzpunkt. Er kann dem Gemeinderat noch eines versprechen: Wenn er es für nötig erachtet, Journalisten nach Grenchen einzuladen, dann macht er das auch. Das können die Vertreter der Verwaltung, welche hier anwesend sind, sicher auch bestätigen.
- 4.7. Gemeinderat Remo Bill bezieht sich auf das vorherige Votum von Ivo von Büren, welches seines Erachtens unter die Gürtellinie geht. Das ist genau das, was man nicht mehr möchte. Er bittet die Presse, das Zitat nicht zu veröffentlichen.
- 4.8. Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 9 : 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgender

5. Beschluss

5.1. Das Postulat wird nicht erheblich erklärt.

Wifö
BD
SMKS

8.5.1 / acs

Interpellation Alexander Kaufmann (SP): Bushaltestelle Chappeli

1. Mit Datum vom 13. Mai 2014 reichte Alexander Kaufmann (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Nach umfangreichen Umbauarbeiten hat das Restaurant Chappeli seinen Betrieb unter neuer Führung wieder aufgenommen. Das Restaurant erscheint in neuem Glanz und überzeugt durch sein kulinarisches Angebot, besonderen Ambiente und dem wiedergewonnen Charme.

Leider ist das Chappeli, trotz seiner exponierten Lage, zurzeit nicht an den öffentlichen Verkehr angebunden.

Im aktuellen Fahrplan der BGU ist das Gebiet „Chappeli-Romont“ nicht erschlossen und wird mit keinem Kurs bedient.

Aus diesem Grund bitten wir die Stadtverwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

- *Es ist sicher auch im Interesse der Stadtverwaltung, dass das Restaurant Chappeli auch über den öffentlichen Verkehr erreichbar ist. Sind schon Gespräche mit der BGU diesbezüglich aufgenommen worden?*
- *Wenn ja, wie ist die Meinung innerhalb der BGU und ab welchem Zeitpunkt könnte mit einer Aufnahme des neuen Kurses „Chappeli“ gerechnet werden?*

2. Beantwortung

2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation vom Stadtpräsidium beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

3.1. Gemeinderat Alexander Kaufmann bedankt sich für die Beantwortung seiner Interpellation. Dass das Thema nicht einfach aus der Luft gegriffen ist, beweist alleine schon der Pressebericht im Grenchner Tagblatt von letzter Woche.

Es geht ihm in seiner Interpellation nicht alleine um das neu eröffnete Restaurant Chappeli. Die Umgebung mit der geschichtsträchtigen Kapelle Allerheiligen dient auch als Kraftort und Naherholungsgebiet und ist ein Teil der Stadt Grenchen. Zudem wäre es wünschenswert, wenn eine Nachbargemeinde wie Romont ebenfalls mit dem ÖV an die Stadt Grenchen angebunden wäre. Vielleicht wäre eine weitere Umfrage in der Bevölkerung unter den geänderten Umständen angebracht. Vielleicht müsste der Bevölkerung regelmässig die Möglichkeit geboten werden, ihre Meinungen und Wünsche zum aktuellen Busangebot Grenchen und Umgebung anzubringen. Er ist mit der Beantwortung von Seiten der Stadt soweit befriedigt. Er hofft jedoch, dass die Stadt wie auch die BGU die weitere Entwicklung und die Bedürfnisse in diesem Teil von Grenchen weiter beobachtet und dementsprechend darauf reagiert.

- 3.2. François Scheidegger nimmt das Anliegen von Alexander Kaufmann zuhanden der zuständigen Stellen entgegen.
4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BGU
BD
AGöV

6.6 / acs

Dringliche Interpellation Clivia Wullimann (SP): Wie weiter mit dem Uhrencup?

1. Mit Datum vom 1. Juli 2014 reicht Clivia Wullimann (SP) folgende dringliche Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

1. Was hat die Stadt in den vergangenen sechs Monaten unternommen, um den Uhrencup nicht nach Biel zu verlieren?

Begründung:

Es muss hier nicht ausgeführt werden, dass der Uhrencup ein sehr bedeutender Anlass für Grenchen ist. Von der Stadt hat man zu diesem Thema äusserst wenig gehört.

2 Dringlichkeit

2.1. Laut Clivia Wullimann haben alle im Grenchner Tagblatt lesen können, dass die Organisatoren planen, den Uhrencup von Grenchen nach Biel zu verschieben. Grenchen darf sich keine Illusionen machen: wenn der Uhrencup einmal von Grenchen weg ist, dann wird er – gerade mit dem neuen Stadion in Biel - nicht mehr nach Grenchen zurückkommen und die Stadt wird dadurch ein wichtiges Event verlieren. Der Vorstoss soll ein Anlass sein, der Politik einen Kick zu geben, die Sommerferien noch zu nutzen, um etwas zu unternehmen und mit den nötigen Personen Kontakt aufzunehmen. Ihr Ziel ist es, dass man sich einsetzt, um den Uhrencup unter allen Umständen in Grenchen behalten zu können. Der Uhrencup gehört nach Grenchen und nirgends woanders hin. Dringlichkeit ist gegeben, weil die Planungen bereits begonnen haben. Es darf nicht zugewartet werden, sondern es muss umgehend an die Hand genommen werden. Sie bittet den Gemeinderat, ihrem dringenden Anliegen zuzustimmen, dass etwas unternommen wird. Sie macht beliebt, dass die Politik resp. der Stadtpräsident hingehet und mit den Verantwortlichen redet. Vielleicht braucht es auch eine überparteiliche Delegation.

2.2. Stadtpräsident François Scheidegger erklärt, dass bei dieser Interpellation keine objektive Dringlichkeit gegeben ist, aber er huldigt immer dem Erledigungsprinzip und wäre deshalb bereit, hier eine Antwort zu geben. Sie wird aber nicht gleich erschöpfend ausfallen, wie wenn man bis zur nächsten GR-Sitzung Zeit hätte. In diesem Sinne hat er nichts einzuwenden, wenn man die Interpellation für dringlich erklärt.

3. Diskussion zur Dringlichkeit

- 3.1. Laut Gemeinderat Heinz Müller hätten die Fraktion grundsätzlich bei solchen Geschäften ein Time-out, um das noch kurz zu besprechen. Wenn die Verwaltung die Antwort sofort geben könnte, könnte man es heute erledigen. In der Vergangenheit hat sich die Gemeinderatskommission mehrfach dieses Themas angenommen. Sie wäre deshalb schlagkräftiger, um in dieser Sache etwas zu unternehmen. Wenn eine Beantwortung der Verwaltung heute möglich ist, schliesslich die SVP der Haltung der Verwaltung betreffend Dringlichkeit an. Ihrer Meinung nach ist die Schlagkraft aber eher bei der GRK zu suchen.
- 3.2. Gemeinderat Hubert Bläsi hat den Bericht nicht gesehen und hält die Interpellation nicht für das richtige Instrument. Viel wichtiger ist, etwas zu unternehmen, und dazu braucht es keine politische Ausmarchung. Der Gemeinderat sollte vielmehr mit seiner Haltung manifestieren, dass er wünscht, dass alle Möglichkeiten ausgelotet werden. Wenn die Dringlichkeit der Interpellation hilft, dieses Ziel zu erreichen, dann ist er damit einverstanden. Aber dahinter steht eigentlich die Idee, dass die Batterie mit Volldampf darauf los geht, um ihre Chancen zu wahren.
- 3.3. Wenn man den Bericht genau gelesen hat, so Gemeinderat Andreas Kummer, kann man daraus entnehmen, dass der Uhrencup - sollte er denn nach Biel abwandern - sicher noch nicht im Jahr 2015 in Biel stattfinden wird, weil das zu früh und noch nicht sicher ist, ob das Stadion dann fertiggestellt sein wird, sondern frühestens im Jahr 2016. Das ist für ihn ein Grund mehr zu sagen, dass die Interpellation nicht so furchtbar dringlich ist. Er schliesst sich dem Votum seines Vorredners an. Die Behörden sind aufgefordert, alles zu versuchen, um den Event in Grenchen behalten zu können. Er schlägt vor, das Thema in der morgigen GRK zu besprechen und entsprechend zu traktandieren. Dies sollte mit einer Änderung der Traktandenliste möglich sein.

4 Abstimmung zur Dringlichkeit

- 4.1. Die Dringlichkeit der Interpellation wird mit 9 : 6 Stimmen abgelehnt.
5. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

FV
SMKS
BD

3.4.2 / acs

Interpellation Clivia Wullimann (SP): Fragen zu rechtlichen Kompetenzen der Stadt Grenchen

1. Mit Datum vom 1. Juli 2014 reicht Clivia Wullimann (SP) folgende Interpellation ein:
 - 1.1. Interpellationstext:
 1. *Wer macht zurzeit die rechtlichen Abklärungen für die Stadt Grenchen?*
 2. *Wie werden diese Leute, die für diese Abklärungen zuständig sind, entschädigt?*
 3. *Unter welchen Budgetposten werden die Aufträge, welche für die externen Anwälte bestimmt sind, abgerechnet?*
 4. *Wie hoch sind die Ausgaben für diesen Budgetposten?*
 5. *Welche Personen wurden seit Beginn dieses Jahres aus diesem Budgetposten entschädigt?*
2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

RD
PA
FV

0.2.2 / acs

Interpellation Clivia Wullimann (SP): Frage zu gemeinsamem Sorgerecht

1. Mit Datum vom 1. Juli 2014 reicht Clivia Wullimann (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

1. *Wie stellen die Schulen sicher, dass der nicht obhutsberechtigte Elternteil Kenntnis von wichtigen Schreiben (wie z.B. Einladung zum Elterngespräch) erhält?*

Begründung:

Am 1. Juli 2014 ist das gemeinsame Sorgerecht in Kraft getreten. Als praktizierende Anwältin erlebe ich es immer wieder, dass die Schule zu einem Elterngespräch einlädt. Dieses Schreiben geht aber nur an den obhutsberechtigten Elternteil. Der andere Elternteil hat oft keine Kenntnis davon. Damit das gemeinsame Sorgerecht wirklich gemeinsam ausgeübt werden kann, ist der nichtobhutsberechtigte Elternteil auf die wichtigen Informationen der Schule angewiesen.

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

GLSG
FKSG
SV

2.0.0 / acs

Interpellation Remo Bill (SP): Kantonale Ämter in der Stadt Grenchen

1. Mit Datum vom 1. Juli 2014 reicht Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

„Eine dezentrale kantonale Verwaltung“: Bestehende kantonale Angebote sind in Grenchen zu erhalten, neu sind einzelne kantonale Ämter in Grenchen anzusiedeln.

Jetzt erst recht! Nach dem Abzug der Veranlagungsbehörde und dem Zivilstandsamt nach Solothurn geht es darum, dass sich die Verwaltung und die Politik sich gemeinsam gegen den weiteren Abbau von kantonalen Ämtern in der Stadt Grenchen einsetzen. Zum Beispiel ist nach „offiziöser“ Quelle der Abzug der Amtschreiberei im 2015 geplant.

Die Zeit ist gekommen, wo wir in die Offensive gehen müssen!

Die Planung des Verwaltungsgebäudes beim Stadthaus Grenchen ist eine Chance und verlangt von uns allen aktives „Netzwerken“, damit der Regierung und der kantonalen Politik klar wird, dass die Stadt Grenchen bereit ist, weitere kantonale Ämter in der Stadt Grenchen an zentraler Lage anzusiedeln. Das ist für die Stadt und die Region Grenchen im Osten des Kantons Solothurn sehr wichtig.

Ich habe folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

- 1. Was gedenkt die Verwaltung - ausser einem Briefwechsel mit der Regierung - zu unternehmen, damit kein weiterer Abbau mehr stattfindet?*
- 2. Was für eine Strategie hat die Verwaltung, damit im geplanten Verwaltungsgebäude weitere kantonale Ämter nach Grenchen geholt werden können?*
- 3. Wäre eine überparteiliche „Volksinitiative“, bzw. eine Unterschriftensammlung in der Stadt Grenchen und in den angrenzenden Gemeinden eine Möglichkeit, den Willen der Bevölkerung gegen einen weiteren Abbau resp. für eine Ansiedlung in der Stadt der Regierung zu dokumentieren?*
- 4. Wäre eine „Kampfmassnahme“ - eine organisierte Versammlung - vor dem Rathaus in Solothurn mit allen politischen Gruppierungen der Stadt Grenchen eine (letzte) Möglichkeit?*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

Stadtpräsident
BD

0.1.5.2 / acs

Interpellation Nicole Hirt (glp): Rettungsdienst Grenchen

1. Mit Datum vom 1. Juli 2014 reicht Nicole Hirt (glp) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Der Rettungsdienst erfüllt Aufgaben, die niemand bereit ist zu missen. Oft entscheiden Minuten über Leben oder Tod. Es ist gut zu wissen, dass sich die Stadt und die umliegenden Gemeinden im Notfall auf einen Rettungsdienst verlassen können.

Trotz aller Vorzüge werfen die exorbitanten Kosten sowie die jährlichen Nachtragskredite des Rettungsdienstes folgende Fragen auf:

1. *Wie viele Rettungen wurden in den letzten 10 Jahren gesamthaft, davon ausserkantonale resp. ausserhalb des Gemeindegebietes jährlich getätigt (absolut und relativ pro Gemeinde)?*
2. *Wurden die unter 1. erwähnten Einsätze den betroffenen Gemeinden in Rechnung gestellt?*
 - a) *Wenn ja, wie hoch waren die Erträge pro Gemeinde?*
 - b) *Wenn nein, warum nicht?*
3. *Haben sich die auswärtigen Gemeinden, in denen gerettet wurde, am Defizit des Rettungsdienstes beteiligt?*
 - a) *wenn ja, in welcher Höhe, jährlich ausgewiesen während den letzten 10 Jahren und pro Gemeinde?*
 - b) *wenn nein, warum nicht?*
4. *Im Verlaufe des Jahres 2012 und anfangs 2013 fanden mit den beiden solothurnischen Nachbargemeinden erste Gesprächsversuche bezüglich einer finanziellen Beteiligung statt. Wegen der Wahlen wurden diese Gespräche auf Eis gelegt. Wann sind die neuen Gespräche vorgesehen?*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

Stapo
FV

4.1.7.0 / acs

Postulat Nicole Hirt (glp): Rettungsdienst Grenchen - neue Indikatoren im Verwaltungsbericht

1. Mit Schreiben vom 1. Juli 2014 reicht Nicole Hirt (glp) folgendes Postulat ein:

1.1. Postulatstext

Das Stadtpräsidium wird aufgefordert, die Indikatoren im Verwaltungsbericht des Rettungsdienstes wie folgt zu erweitern:

- 1. Wo (kantonale und ausserkantonale Gemeinden) und wie viele Einsätze (Anzahl Rettungen) wurden getätigt?*
- 2. Aufwendungen pro Gemeinde in CHF*
- 3. Erträge pro Gemeinde in CHF*

Begründung:

	<i>Aufwand</i>	<i>Ertrag</i>	<i>Defizit</i>
<i>Jahresrechnung 2012</i>	<i>1'891'504.77</i>	<i>1'238'489.55</i>	<i>653'015.22</i>
<i>Jahresrechnung 2013</i>	<i>1'953'303.11</i>	<i>1'246'533.54</i>	<i>706'769.57</i>

Wie bereits in meiner Interpellation erwähnt, erfüllt der Rettungsdienst Aufgaben, die niemand missen möchte. Oft entscheiden Minuten über Leben oder Tod. Es ist gut zu wissen, dass sich die Stadt und die umliegenden Gemeinden auf einen gut funktionierenden Rettungsdienst verlassen können.

Trotz aller Vorzüge werfen die exorbitanten Kosten sowie die jährlich nötigen Nachtragskredite Fragen auf, die der Verwaltungsbericht bis dato nicht zu beantworten vermochte. Es ist wichtig, dass die Kosten genauer analysiert werden, um allenfalls die richtigen notwendigen Schritte im Sinne von Optimierungen einzuleiten und Fehlentwicklungen, sprich weitere grosse Defizite und Nachtragskredite zu verhindern.

Die geforderten neuen Indikatoren könnten eine Verhandlungsgrundlage bilden, wenn es in den beabsichtigten zukünftigen Gesprächen darum geht, von den umliegenden Gemeinden eine finanzielle Unterstützung zu verlangen.

2. Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Rats-sitzung abgestimmt.

S+B
ARD
FV

4.1.7.0 / acs

Postulat Fraktion CVP: Aufwertung Minigolfanlage

1. Mit Schreiben vom 13. Mai 2014 reicht die CVP-Fraktion folgendes Postulat ein (Erstunterzeichner: Marco Crivelli):

1.1. Postulatstext

Die Stadt Grenchen weist ein tolles Sport- und Freizeitangebot auf. Diese sprechen jedoch vor allem den Vereinssport oder den Individualsport an. Die meisten dieser Angebote sind für Jugendliche oder Junggebliebene, oder besser gesagt für aktive Sportlerinnen und Sportler. Was fehlt ist ein Angebot für Familien mit Kindern oder ältere Personen, die zwar gerne im Freien sind, aber es lieber etwas gemütlicher nehmen möchten. Eine bestehende, stadteigene Anlage die jedoch auch diese Gruppen anspricht ist ein wenig in Vergessenheit geraten.

Die Minigolfanlage beim Parktheater ist eine tolle Anlage, jedoch sind gewisse Anlageteile in die Jahre gekommen. Allen voran der Eingangsbereich und der Aufenthaltsbereich sind nicht mehr zeitgemäss. Hier nur ein paar Punkte:

- *Die Signalisation zur Minigolfanlage ist ungenügend und könnte mit ein paar Wegweisern (Piktogramme) verbessert werden.*
- *Das Vordach beim Kassabereich ist defekt und als gefährlich einzustufen.*
- *Der Sitzplatz vor dem Kiosk ist schräg, so dass die Tische auf einer Seite mit Holzplatten unterlegt werden müssen, damit die Getränke nicht rutschen.*
- *Die verschiedenen Regale im Eingangsbereich sind mit Vorhängen versteckt und es macht einen unfreundlichen und „gebastelten“ Eindruck.*
- *Ein Teil des Daches zwischen Kochbereich und Kiosk ist aus Plexiglas und total verschmutzt.*
- *Die Aussenwände beim Sitzplatz werden mit Blachen bespannt, damit die Besucher auch bei kühleren Temperaturen noch ein wenig geschützt sind und sitzen bleiben (und konsumieren) können.*

Wir bitten daher die Baudirektion und das Standortmarketing um folgende Abklärungen z. Hd. der Budgetverhandlungen 2015:

- *Eine Verbesserung der Beschriftung resp. Wegweisung zur Anlage ist zu prüfen.*
- *Die Eingangssituation mit Kassen- und Aufenthaltsbereiche sind entsprechend aufzuwerten.*

- *Die Umgebungsbeleuchtung (Pilze) ist zu überprüfen.*
 - *Die Vermarktung resp. die Werbung für die Anlage ist in Zusammenarbeit mit Grenchen Tourismus zu koordinieren.*
2. Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Rats-sitzung abgestimmt.

BD
SMKS
FV

3.4.5 / acs

Überparteiliches Postulat: Neugestaltung der Umgebung des Bahnhofs Süd

1. Mit Schreiben vom 1. Juli 2014 wird folgendes überparteiliches Postulat eingereicht (Erstunterzeichner: Andreas Kummer, CVP-/glp-Fraktion):

- 1.1. Postulatstext

Antrag

Der Stadtpräsident sei zu beauftragen, dem Gemeinderat ein konkretes, bezahlbares und bald realisierbares Projekt zum Umbau des Bahnhofs Süd vorzulegen. Das Projekt soll bis 30. Juni 2015 vorliegen, die Realisierung soll im Jahr 2016 abgeschlossen sein.

Begründung

Die Verkehrssituation am Bahnhof Süd ist unbefriedigend. Das Verkehrsaufkommen mit Privatverkehr, Bussen, Taxis, Velofahrern und Fussgängern ist gross. Die Verkehrsströme, insbesondere für die Fussgänger von ankommenden oder abfahrenden Zügen sind unübersichtlich und gefährlich. Es gibt zu wenig Halte- und Parkmöglichkeiten insbesondere für die Kurzparker für die Besucher des Kiosks, Personen die ein Spezialbillet am Schalter lösen, eine Reise buchen oder Geld wechseln möchten. Der Anschluss von der Bahn zum Bus ist für ortsunkundige mangels Beschilderung schwierig, bei schlechtem Wetter fehlt für die wartenden Busbenutzer eine überdachte Haltestelle.

Mit dem Abriss des alten Güterschuppens und dem Bau des neuen Veloständers sind die Vorarbeiten abgeschlossen. Die Stadt Grenchen muss gegenüber der SBB ein klares Zeichen setzen, dass sie an der Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs interessiert ist, um bei der Frage der Verkehrsanbindung nicht weiter an Boden zu verlieren.

Das Kunsthaus Grenchen würde durch eine Verbesserung der Verkehrs- und Umgebungssituation zusätzlich aufgewertet. Die Zeit zu Realisierung ist jetzt gekommen.

2. Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Ratsitzung abgestimmt.

BD
BAPLUK
FV

6.2.1 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

- 1. Roger Kurt, Vorsitzender der Geschäftsleitung Schulen Grenchen: Demission; Kenntnisnahme**
 - 1.1. Stadtpräsident François Scheidegger orientiert den Gemeinderat, dass Roger Kurt mit Schreiben vom 27. Juni 2014 per 31. Dezember 2014 demissioniert hat.

- 2. Interpellation Remo Bill (SP): Flughafen Grenchen: Pistenanpassung (GRB 2801/22.04.2014)**
 - 2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger hat Gemeinderat Remo Bill sich mit den Informationen zum Projekt Pistenanpassung im Gemeinderat vom 13. Mai 2014 zufrieden erklärt und seinen Vorstoss zurückgezogen (Schreiben vom 15. Mai 2014).

- 3. Überarbeitung Gestaltungsplan Hinzihöfli, Bereich GB Nr. 2746**
 - 3.1. Der Gestaltungsplan „Hinzihöfli“, Bereich Parzelle GB Nr. 2746 mit Sonderbauvorschriften wurde vom Regierungsrat mit RRB 2014/874 vom 20. Mai 2014 genehmigt.